GLOBAL 14.12.2018 | Jayati Ghosh

Die üblichen Verdächtigen

Nicht Handel und technologischer Wandel verursachen niedrige Löhne. Neoliberale Politik ist verantwortlich.

Jetzt ist es offiziell: Arbeitnehmer überall auf der Welt werden abgehängt. Der neueste *Global Wage Report* der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stellt fest, dass die (inflationsbereinigten) Reallöhne, ohne China, auf Jahresbasis in 2017 um nur 1,1 Prozent gestiegen sind, nach 1,8 Prozent in 2016. Dies war der geringste Anstieg seit 2008.

In den hochentwickelten G20-Volkswirtschaften sind die Reallöhne 2017 durchschnittlich um bloße 0,4 Prozent gestiegen, gegenüber einem Wachstum von 1,7 Prozent in 2015. Während die Reallöhne in den USA um 0,7 Prozent anzogen (gegenüber 2,2 Prozent in 2015), stagnierten sie in Europa, wo leichte Zuwächse in einigen Ländern durch Rückgänge in Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien ausgeglichen wurden. Die Verlangsamung in „Erfolgsländern" wie Deutschland und den USA ist dabei – angesichts der wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands und sinkender Arbeitslosigkeit und angespannter Arbeitsmärkte in den USA – besonders überraschend.

In den Schwellenmärkten lag das durchschnittliche Lohnwachstum 2017 bei 4,3 Prozent. Es war damit höher als in den hochentwickelten G20-Volkswirtschaften, aber trotzdem geringer als im Vorjahr (4,9 Prozent). Asien verzeichnete den höchsten Anstieg der Reallöhne, was primär auf China und einige kleinere Länder wie Kambodscha, Sri Lanka und Myanmar zurückzuführen war. Insgesamt jedoch hat sich das Lohnwachstum in den asiatischen Volkswirtschaften 2017 überwiegend verlangsamt. Und in Lateinamerika und Afrika erlebten mehrere Länder sinkende Reallöhne.

Zudem stellt der ILO-Bericht fest, dass die Kluft zwischen Lohnzuwächsen und Arbeitsproduktivität in 2017 groß geblieben ist. In vielen Ländern liegt der Anteil der Arbeit am Volkseinkommen noch immer unter dem Niveau der frühen 1990er Jahre.

Der wahre Grund, warum die Arbeitnehmer derart schlecht behandelt werden, ist weniger wirtschaftlicher als vielmehr institutioneller und politischer Art.

Dies wirft eine offensichtliche Frage auf: Warum hat sich die Lage der Arbeitnehmer in den meisten Teilen der Welt angesichts der globalen Erholung der Produktionsleistung in den letzten Jahren nicht entsprechend verbessert?

Keiner der beiden üblichen Verdächtigen – Handel und Technologie – trägt hierfür komplett die Schuld. Sicherlich wurde die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer geschwächt: durch die sich vertiefende Integration von Volkswirtschaften mit großem Arbeitskräfteüberschuss und den zunehmenden Einsatz von Automation und künstlicher Intelligenz. Auch hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften auf sehr spezifische und begrenzte Sektoren verlagert. Doch diese Faktoren allein erklären nicht den Mangel an wesentlichen Fortschritten für die meisten Arbeitnehmer.

Der wahre Grund, warum die Arbeitnehmer derart schlecht behandelt werden, ist weniger wirtschaftlicher als vielmehr institutioneller und politischer Art. Von Land zu Land trampeln Gesetzgeber und Gerichtsurteile zunehmend auf den seit langem anerkannten Rechten der Arbeitnehmer herum.

So haben Regierungen, die sich ausschließlich auf die Verbesserung der „Arbeitsmarktflexibilität“ konzentrierten, eine Politik verfolgt, die den Interessen der Arbeitgeber Vorrang vor denen der Arbeitnehmer einräumt. Und zwar nicht zuletzt, indem sie die Fähigkeit der Arbeitnehmer zur gewerkschaftlichen Organisation beschnitten haben. Die Besessenheit mit Haushaltskonsolidierung und Sparpolitik hat jene Art von Sozialausgaben verhindert, die die öffentliche Beschäftigung ausweiten und die Lage der Arbeitnehmer verbessern könnten. Und das derzeitige Regulierungsumfeld erlaubt es den Großkonzernen zunehmend, ihre Macht ohne Rechenschaftspflicht auszuüben, was zu höheren Monopolrenten und größerer Verhandlungsmacht führt.

Kurz gesagt: Die geistige Vereinnahmung der Wirtschaftspolitik durch den Neoliberalismus in einem breiten Spektrum von Ländern führt dazu, dass die meisten abhängig Beschäftigten nicht vom Wirtschaftswachstum profitieren. Das müsste nicht sein. China hat schließlich auch ein hohes Lohnwachstum erreicht, und der dort auf die Arbeit entfallende Anteil am Volkseinkommen steigt – trotz der Handelsbemühungen des Landes und der rapiden Einführung arbeitssparender Technologien.

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger weltweit müssen das neoliberale Paradigma abschütteln.

Chinas Erfolg könnte ein von dem verstorbenen Ökonomen und Nobelpreisträger W. Arthur Lewis propagiertes Modell rehabilitieren, wonach die Beschäftigung in neuen, produktiveren Sektoren überschüssige Arbeitskräfte absorbieren und die Löhne insgesamt in die Höhe treiben kann. Wichtiger ist freilich, dass China diesen Effekt durch eine systematische staatliche Politik verstärkt, die auf eine Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer ausgelegt ist.

Infolgedessen hat sich der durchschnittliche nominale Mindestlohn in China zwischen 2011 und 2018 fast verdoppelt. Die Löhne für die Arbeitnehmer in staatseigenen Unternehmen sind sogar noch schneller gestiegen. Zugleich hat die Regierung andere Formen sozialer Absicherung für die Arbeitnehmer ausgeweitet. Sie verfolgt parallel dazu eine Industriepolitik, die darauf abzielt, Innovation und Produktivitätswachstum anzukurbeln und so das Land innerhalb der globalen Wertschöpfungskette nach oben zu bringen.

Es stimmt, dass Chinas Volkswirtschaftspolitik ungewöhnlich ist. Die Sorge der Regierung um das Wohl der Arbeitnehmer könnte schlicht das Bedürfnis der Kommunistischen Partei Chinas widerspiegeln, ihre politische Stellung im Inland abzusichern. In diesem Fall hat sie einen Faust'schen Gesellschaftsvertrag abgeschlossen, der für ostasiatische Autokratien typisch ist.

Trotzdem: Wenn China sich dem Trend sinkenden Lohnwachstums widersetzen kann, können andere Länder das auch. Zunächst jedoch müssen die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger weltweit das neoliberale Paradigma abschütteln, das sie unfähig macht, sich alternative politische Ansätze vorzustellen. Als politisches Projekt hat der Neoliberalismus ausgedient. Wenn die Arbeitnehmer an den Vorteilen des Wachstums teilhaben sollen, werden die Regierungen anfangen müssen, progressivere politische Alternativen zu verfolgen.

Glücklicherweise haben die ILO und die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung begonnen, wieder eine vernünftigere Politik auf die Tagesordnung zu setzen. Dasselbe gilt für einige Politiker in den USA, im Vereinigten Königreich und anderswo. Doch es bedarf deutlich stärkerer, allseitiger Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Wirtschaft der Mehrheit der Gesellschaft dient.

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Jayati Ghosh
New Delhi

Jayati Ghosh ist Professorin für Wirtschaft am *Centre for Economic Studies and Planning* an der *Jawaharlal Nehru University* in New Delhi, Indien.